

Betriebe brauchen Perspektiven

Landwirte bereit zum Wandel für mehr Tierwohl

Von BERND EVERS

Laer (gl). Deutschlands Landwirte sind in Bewegung. Die Ernährung der Verbraucher ändert sich, die Bedürfnisse sind im Wandel – und die Bauern ziehen mit. Diesen Eindruck bekommt, wer sich eine Reihe von Betrieben in der Region anschaut.

Ulrich Schulze Vowinkel ist ein Beispiel für einen dieser Landwirte. Wer bei ihm in den Stall schauen will, muss sich einen Overall anziehen, Plastikschrützer über die Schuhe streifen. Es gilt den wertvollen Tierbestand vor Keimen und Krankheiten zu schützen.

Fast 2000 Schweine hat der 38 Jahre alte Landwirt auf seinem Hof in Laer (Kreis Steinfurt). Drei Viertel der Tiere lebt in geschlossenen Ställen. Das Vieh steht auf Spaltpöden, in Gruppen von jeweils vielleicht 20 Tieren. An den Seiten der Buchten hängt „Spielzeug“ – Holzleisten, an den die Tiere knabbern, durch Fenster fällt Tageslicht, Lüftungsanlagen geben frische Luft, verbrauchte wird über Kamine nach oben ausgestoßen, die Temperatur ist genauestens geregelt. Die Schweine haben zehn Prozent mehr Platz als gesetzlich vorgeschrieben: mindestens 0,825 Quadratmeter je Tier. Stallhaltung Plus heißt der Standard – es ist die sogenannte Haltungsform 2.

Der Stall gegenüber sieht ganz

anders aus: Die offene Front erstreckt sich bis zum Dach. Auf Stroh liegen gruppenweise die Schweine. Manche Tiere rennen quer durch den Raum, 20 Meter ist der Stall lang. Es sieht so aus, als hätten die Tiere Spaß an der Bewegung.

„Wir haben den neuartigen Stall seit sieben Jahren“, berichtet Schulze Vowinkel. Gemeinsam mit dem Fleischkonzern Tönnies habe er einen festen Abnehmer für die artgerecht gehaltenen Mast Schweine gefunden. Die Tiere habe in dem sogenannten Offenfrontstall doppelt so viel Platz wie gesetzlich vorgeschrieben und erhalten anderes Futter. „Dafür brauche ich mehr Geld“, sagt der Landwirt. Das bekommt er auch – und ist gerade jetzt froh darüber. 200 Euro erhält er für die Schweine der Haltungsform 4. Damit kann Schulze Vowinkel nach eigener Aussage wirtschaftlich arbeiten.

Das ist bei den Tieren aus dem anderen Stall derzeit nicht so. 1,25 Euro erhält Schulze Vowinkel je Kilogramm, etwa 125 bis 130 Euro je Schwein. Er bräuhete aber 180 bis 190 Euro für ein gutes Auskommen. Schulze Vowinkel hofft auf bessere Preise. Durchhalten kann er jetzt, weil die ganze Familie auf dem Hof mit anpackt. Seine Eltern und sein Bruder sind dabei. Außerdem baut er auf eigenem und gepachteten Ackerland das Futter für seine Tiere an.



Reichlich Platz und viel Stroh: Ulrich Schulze Vowinkel aus Laer (Kreis Steinfurt) hält einen Teil seiner Schweine in einem Offenfrontstall. Fotos: Evers/Inderlied (3)



Diese Schweine leben in einem geschlossenen Stall mit Spaltpöden.



Jede Kuh auf dem Hof von Stefan Vogelsang hat einen Namen.

Wunsch nach eindeutigen Rahmenbedingungen

Laer (be). Landwirt Ulrich Schulze Vowinkel führt immer wieder Gäste über den Hof. Er freut sich, wenn Menschen Interesse zeigen und sich vor Ort über die Tierhaltung informieren. An der Seite des Offenfrontstalls gibt es eine Treppe. Besucher können dort hinaufgehen und durch ein Fenster hineinschauen. Der 38-Jährige würde gerne weitere Ställe nach dem Muster errichten, stößt dabei aber auf Hindernisse.

So sind die bürokratischen Hemmnisse enorm. Die Baugenehmigung für einen neuen Stall dauert mitunter Jahre. Die offene Gestaltung des Stalls erfordert aufwendige Messungen der Geräuschbelastung – pauschal werden Offenfrontställe schlechter bewertet als die konventionellen Stallungen mit ihrer Entlüftung über Kamine. Alleine die Gutachten kosten nach Angaben Schulze Vowinkels 20 000 bis 50 000 Euro.

Dann ist nicht klar, ob die Verbraucher wirklich bereit sind, mehr Geld für Tiergerechtigkeit zu zahlen. „Wird das honoriert?“, fragt sich Schulze Vowinkel. Bis sich ein neuer Stall amortisiert, dauert es Jahrzehnte.

Lebensmittelhersteller wie etwa Aldi wollen bis zum Ende des Jahrzehnts das Frischfleisch-Sortiment auf die Haltungsformen 3 (Offenstall) und 4 (Offenstall, doppelt so viel Platz für die

Tiere wie gesetzlich vorgeschrieben) umstellen. Das hört sich gut an – die Landwirte fühlen sich aber alleine gelassen. Gerade der Einzelhandel hat in der Vergangenheit immer wieder Vertrauen verspielt. Schulze Vowinkel wünscht sich klare Rahmenbedingungen und ein Bekenntnis der Politik, wie die Landwirtschaft künftig aussehen soll. „Wir sind bereit für Veränderungen“, sagt Schulze Vowinkel.

Hintergrund

Die Haltung von Schweinen unterliegt zahlreichen Vorschriften des Gesetzgebers. Diese beschreiben detailliert, wie ein Schweinestall ausgestaltet sein muss. Das betrifft insbesondere die Bodenbeschaffenheit und den Platzbedarf pro Tier. Einem 50 bis 110 Kilogramm schweren Mastschwein müssen demnach mindestens 0,75 Quadratmeter zur Verfügung stehen. Im Bestreben um mehr Tierwohl wird den Tieren aber mehr Platz zugestanden. In der Haltungsform 2 (Stallhaltung Plus) sind es 10 Prozent mehr Raum, in der Haltungsform 3 (Außenklima) 40 Prozent mehr, in der besten Haltungsform 4 (Premium) sogar 100 Prozent mehr. Entsprechende Abstufungen gibt es auch für die Rindermast und für Milchviehbetriebe. (be)

www.haltungsform.de



Stefan und Anne Vogelsang arbeiten gemeinsam auf ihrem Hof in Rheda-Wiedenbrück. 180 Milchkuhe und 120 Sauen werden dort gehalten.

„Bauern in Deutschland arbeiten effizient und umweltfreundlich“

Rheda-Wiedenbrück (be). Stefan Vogelsang ist Chef eines Milchviehbetriebs in Rheda-Wiedenbrück. Dem 35-Jährigen ist wichtig, dass die Tierhaltung in Deutschland erhalten bleibt. „Wir sind umweltfreundlicher, weil wir effizient arbeiten“, sagt der Milchbauer. Auch er wünscht sich darum verlässliche politische Rahmenbedingungen, um für sich und seinen Betrieb mehr Planungssicherheit zu bekommen.

Vogelsang leidet unter den niedrigen Preisen für seine Erzeugnisse – und gibt offenherzig Einblick in seine Kalkulation. Wenn die Einnahmesituation besser wird, muss zunächst einmal Schulden in Höhe von 100 000 Euro tilgen – erst danach könne er Reserven schaffen.

Der 35-jährige Rheda-Wiedenbrücker bewirtschaftet einen Traditionsbetrieb, so wie viele andere Landwirte in der Region. In vierter Generation arbeitet seine Familie auf dem Hof. Frau, Sohn, Eltern und zwei Auszubildende arbeiten mit. 180 Milchkuhe gibt es in seinem Betrieb, dazu noch 120 Sauen.

An seinem Betrieb zeigt sich, wie sehr ein Landwirt von der Substanz lebt – und gleichzeitig auf modernste Technik setzen muss. „Ein Schlüssel zum Erfolg sind viele bezahlte Gebäude“, sagt Vogelsang. Die Kühe stehen in Ställen, die Großvater und Vater erbaut haben. Dazu kommt noch der eigene Fuhrpark: Der jüngste Traktor ist 13 Jahre alt, manche Maschine bis zu 40 Jahre.

Und Stefan Vogelsang arbeitet viel: 70 bis 80 Stunden in der Woche sind es.

Einen Teil der Aufgaben erledigen Roboter. So zum Beispiel das Melken. Vollautomatisch werden die Kühe in zwei Stationen gemolken. 250 000 Euro haben die schwedischen Vollautomaten vor drei Jahren gekostet. „In sieben Jahren sind sie abbezahlt, dann wird damit Geld verdient“, sagt Vogelsang. Dabei fallen auch die besten Maschinen einmal aus. Ausgerechnet Silvester fiel ein Melkroboter aus. „Da konnte ich dann zwei Stunden lang schrauben“, erinnert er sich. Insgesamt macht ihm die Maschine aber das Leben leichter: Statt um 4.30 Uhr wie früher beginnt sein Arbeitstag jetzt um 6 Uhr.

Lokführer

Bahn scheitert in letzter Instanz: Gewerkschaft zieht Streik durch

Frankfurt (dpa). Geplatze Reisepläne, ausgefallene Züge und viele Verspätungen: So geht es für Bahnkunden weiter. Der Konzern scheiterte am Freitag endgültig damit, den laufenden Streik noch vor dem Wochenende vor Gericht zu stoppen. Die Lokführergewerkschaft GDL kündigte an, wie geplant bis Dienstag 2 Uhr zu streiken. „Wir lassen uns von niemandem vorschreiben, wann und wie lange ein Arbeitskampf geht“, sagte GDL-Chef Claus Weselsky.

Das Hessische Landesarbeitsgericht in Frankfurt lehnte am Freitag in zweiter Instanz eine einstweilige Verfügung gegen die GDL ab. Die Gerichtsentscheidung ist rechtskräftig, die Revision ist in

dem Eilverfahren ausgeschlossen, wie eine Justizsprecherin sagte. „Wir haben im Interesse unserer Kunden alles unternommen, damit die GDL ihre Blockade der Tarifverhandlungen aufgibt“, sagte Bahn-Personalchef Martin Seiler. Die Ziele der GDL seien rechtmäßig, entgegnete Weselsky nach dem Gerichtstermin.

Gut 6000 Beschäftigte hatten nach Zahlen der Bahn die Arbeit niedergelegt, die meisten von ihnen Lokführer oder Zugbegleiter. Aufgerufen waren auch Mitarbeiter in den Infrastrukturbetrieben, den Werkstätten und auf den Bahnhöfen. Laut Bahn folgten dort aber nur wenige dem Aufruf. Ein verbessertes Angebot der

Konzernleitung vom Mittwoch hatte die GDL zurückgewiesen, Verhandlungen abgelehnt und ihren dritten Streik fortgesetzt. Die Gewerkschaft will, dass sämtliche Forderungen aus dem vergangenen Mai erfüllt werden.

Weselsky verlangte am Freitag, der Bund als Eigentümer müsse das Management zur Vernunft bringen. Seiler äußerte die Sorge, dass der Streik der Tarifautonomie schaden könnte. „Statt zu verhandeln, versucht die GDL ein Tarif-Diktat durchzusetzen.“ Ihre Kompromisslosigkeit sei mit der Verantwortung von Tarifpartnern nicht vereinbar. Die Bahn will am Wochenende mehr Züge auf die Strecken bringen als zuletzt.



Bahnsprecherin Anja Bröker äußert sich vor Medienvertretern nach der Berufungsverhandlung vor dem Hessischen Landesarbeitsgericht. Foto: dpa

Befragung

Handwerk beklagt Rohstoffmangel

Berlin (dpa). Handwerksbetriebe sind immer mehr von Störungen in Lieferketten betroffen. Laut einer Umfrage des Zentralverbands des Deutschen Handwerks meldeten Ende August drei Viertel der Betriebe, dass Rohstoffe, Materialien und Vorprodukte in den vergangenen vier Wochen nur eingeschränkt oder gar nicht verfügbar waren. Bei einer Befragung im Mai waren es 61 Prozent. Am häufigsten fehlten Metalle, Kunststoffe und Elektronik. Holz und Dämmstoffe dagegen waren wieder besser verfügbar.

Reallabor-Gesetz

Innovationen zügig in Praxis umsetzen

Berlin (dpa). Drohnen, Roboter, autonome Autos, Telemedizin: Zukunftstechnologien, die getestet werden müssen – dafür gibt es Reallabore. Damit Tech-Pioniere, Forschungsinstitute und Start-ups ihre Innovationen zügiger praxistauglich machen können, will das Bundeswirtschaftsministerium ein Gesetz schaffen. Es soll Reallabore in konkreten digitalen Innovationsbereichen ermöglichen, etwa datengetriebene Anwendungen Künstlicher Intelligenz in der Mobilität oder digitale Rechtsdienstleistungen.

Leserbrief

Spaltung in Arm und Reich radikalisiert die Abgehängten

Thomas Bandl aus Rheda-Wiedenbrück zu Besitzstandsveränderung und Rechtsruck.

„Die Gesellschaft rückt immer weiter nach rechts, und der CDU/CSU – Stichwort Abgrenzung zu Hans-Georg Maaßen – fällt im Wahlkampf nichts Besseres ein, als Angst vor einem Linksruck zu

schüren und den wirtschaftlichen Niedergang herbeizureden. Als ob eine Linkspartei dem Land größeren wirtschaftlichen Schaden zufügen könnte als die CSU. Verschwendete Steuergelder in Millionenhöhe werden am Gemeinwohl vorbeigeschleust. Minister wie Friedrich Merz und Christian Lindner werden Interessen

der Wohlhabenden im Sinne haben, wenn sie Steuererleichterung versprechen und die Privatisierung von Gemeingütern vorantreiben. Die Lobby, deren politischer Arm Merz und Lindner sind, spaltet das Land in Reich und Arm und radikalisiert damit die Abgehängten und Einflusslosen.

Nach einer Studie des Ifo-Instituts

im Auftrag der gemeinnützigen Stiftung Familienunternehmen schadet die Vermögenssteuer der Wirtschaft massiv und bringt dem Fiskus wenig. Die Stiftung vertritt die Interessen der größten Familienunternehmen (VW, BMW, Aldi). Ziel ist die Verhinderung von Vermögens- und höherer Erbschaftssteuer. Der Wirtschaftsrat

der CDU, nicht Teil der CDU und Lobbyverband für Unternehmen, ist ein Klima-Bremser. Vizepräsident Merz. Die Transparenz der Lobbytätigkeit wird anders als im europäischen Ausland konsequent verhindert. Wir wundern uns, dass Verschwörungstheorien wuchern und die Neue Rechte sich das zunutzen macht?“